

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Jugendhilfeausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm</b>		
Datum <b>26.08.2021</b>	Beginn <b>17:00 Uhr</b>	Ende <b>19:30 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Schier, Saskia Jacqueline  
Ordonez Del Cid, José Miguel  
Besa, Anna  
Kick, Rosemarie  
Kolodziej, Kerstin  
Könen, Daniel

vertritt Herrn Bensel

## beratende Mitglieder

Ergen, Ufuk  
Grabosch, Ruth  
Menke, Olaf  
Spanke, Dominik  
Völkel, Bernward  
Wiese, Kai

vertritt Frau Harimci

## Vorsitzender

Gießwein, Marcel

## 2. stellv. Vorsitzende

Meuser, Alina

## 1. stellv. Vorsitzender

Nockemann, Frank

## Vertreter der Verwaltung

Peters, Hildegard  
Rath, Christiane

## Schriftführer

Dahlke, Jörg

Abwesend:

## **Mitglieder**

Bensel, Klaus, Dr.

Vertreten durch Frau Besa

## **beratende Mitglieder**

Bockelmann, Sandra

Cardue, Bastian

Fischer, Svenja

Harimci, Gulistan

vertreten durch Herrn Ergen

Hinterthür, Astrid

Schröder, Jürgen

Schweinsberg, Ralf

Stiebler, Thomas Hans

Tekdemir, Betül Nur

Wagener, Mathias

Wittpoth-Frank, Margit

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Anträge zur Tagesordnung
- 4 Niederschrift zur Sitzung vom 03.06.2020 und 08.02.2021 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -
- 5 Mitteilungen
- 6 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung
- 7 Fortschreibung der KiTa-Planung für 2021/22/23 159/2021
- 8 Statistische Auswertung der Einkommen im Bereich der Elternbeiträge KiTas/OGS 160/2021
- 9 Sachstand zur Planung Jugendsportpark / Spielplätze 161/2021
- 10 Jahresbericht ProFamilia 157/2021
- 11 Antrag der ProFamilia auf Ausbau der Präventionsarbeit 158/2021
- 12 Auswirkungen der SGB VIII-Reform 168/2021

13	Sachstand Programm Kinderfreundliche Kommune	162/2021
14	Empfehlungen des Landesjugendamtes zum §8a Prozessqualität (Einbringung)	163/2021
15	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 06 (Kinder, Jugend und Familie)	164/2021
16	Schwelm ist sicherer Hafen für geflüchtete Menschen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 01.06.2021	124/2021/1
17	Änderungsantrag zum Antrag „Seebrücke“ - CDU, FDP, SWG/ BfS vom 24.06.2021	149/2021/1
18	Bestellung eines neuen Mitglieds und ihrer Stellvertretung für den DKSB	169/2021
19	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

## **A Öffentliche Tagesordnung**

### **1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n**

Herr Gießwein begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er vereidigt Frau Fischer als Vertreterin für den Kinderschutzbund.

Er erteilt Herrn Schweinsberg das Wort, der einen Nachruf für die kürzlich verstorbene Ingrid Bruder verliest. Nach einer Schweigeminute teilt Herr Gießwein mit, dass der Deutsche Kinderschutzbund in dieser Sitzung nur durch einen Gast (Frau Fischer) vertreten ist, deren Vollmitgliedschaft erst durch den Rat beschlossen werden muss.

### **2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht.

Er erklärt, dass die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zu den Vorlagen 157/158/2021 so lange zurückgestellt werden bis die Mitarbeiterinnen der ProFamilia eintreffen.

### **3 Anträge zur Tagesordnung**

Es werden keine Anträge gestellt.

### **4 Niederschrift zur Sitzung vom 03.06.2020 und 08.02.2021 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -**

Frau Meuser bittet erneut um eine Änderung der Niederschrift vom 08.02.21.  
Herr Menke berichtet, dass die Änderung bereits vorgenommen wurde.

### **5 Mitteilungen**

Herr Menke berichtet über die Nachbesserungen am integrativen Wasserspielplatz Blücherplatz und zeigt die Maßnahmen mittels eines kleinen Videos.

Herr Gießwein bedankt sich für die schnelle und unbürokratische Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen.

### **6 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung**

Es werden keine Fragen gestellt.

Herr Menke berichtet über die Gründe der zeitlichen Änderung der KiTa-Planung, wie sie in der Vorlage beschrieben werden. Folgt man den aktuellen Zahlen, wäre es derzeit möglich, auf eine weitere zusätzliche Einrichtung zu verzichten. Diese Situation kann sich aber wieder verändern. Das Anmeldeverhalten der Eltern ist, - vermutlich coronabedingt- anders als in den Vorjahren. Die Geburtenzahlen sind aber weiterhin ziemlich konstant. Es ist zu vermuten, dass die Anmeldungen mit Verzögerung dann verstärkt stattfinden.

Frau Peters stellt die OGS-Planungen an der Grundschule Nordstadt vor, die aus Platzgründen eine Kombination mit einer KiTa nicht möglich machen.

Die weitere Planung und die schwierige Personalsituation werden im Ausschuss diskutiert.

Herr Gießwein fordert noch einmal auf, über mögliche geeignete KiTa-Grundstücke nachzudenken. Er stellt ergänzend dar, dass der Rat die Eltern in der Coronasituation stärker von Elternbeiträgen befreit hat, als es die Landesregierung vorgesehen hatte und bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung eine aktuelle Statistik der KiTa-Kinder nach Alter strukturiert vorzulegen.

Der Ausschuss beschließt, dass die Verwaltung entsprechend der Entwicklung des Bedarfes erst dann eine weitere KiTa plant, wenn dieser Bedarf absehbar ist.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	9
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

## 8 Statistische Auswertung der Einkommen im Bereich der Elternbeiträge KiTas/OGS 160/2021

Herr Nockemann erinnert daran, dass es einen Beschluss des JHA gebe, die Elternbeitragssätze über eine definierte Zeit nicht zu verändern.

Herr Schweinsberg schlägt vor, das Thema im Rahmen der Etatberatungen 2022 in der nächsten Sitzung erneut zu beraten.

Frau Grabosch hätte gerne noch weitergehende statistische Daten. Diese erfordern jedoch einen erheblichen Mehraufwand. Herr Schweinsberg sichert zu, dass steuerungsrelevante Daten entsprechend aufgearbeitet werden sollen. Sein Ziel ist es, momentan nicht an der Elternbeitragsschraube zu drehen. Erst wenn das Gesamtkonstrukt des Haushalts vorliegt, besteht eine Grundlage für eine mögliche Veränderung der Elternbeiträge.

Da es keinen Beschlussvorschlag gibt, werden die Ausführungen vom Ausschuss zur Kenntnis genommen und kein Beschluss gefasst.

Die Beschlussvorlage wird in eine Vorlage zur Kenntnis umgewandelt.

Die Beschlussvorlage wird in eine Vorlage zur Kenntnis umgewandelt.

Der Jugendhilfeplaner zeigt eine Präsentation, die einige verschiedene Möglichkeiten einer Gestaltung des Jugendsportparks am Bahnhof aufzeigt und die Planung im Beteiligungsprozess unter Einbezug der Wilhelmshöhe im zeitlichen Ablauf darstellt.

Herr Schweinsberg kann sich die Anlage auch mit Installation von Solarbänken (wie von der Fraktion BiZ vorgeschlagen) vorstellen.

Herr Gießwein weist darauf hin, dass „Teil A“ bereits im Rat beschlossen wurde. „Teil B“ wurde bereits in die Praxis umgesetzt und von der FDP in der letzten Ratssitzung zurück gezogen. Folglich können beide Punkte nicht im JHA beschlossen werden.

Die Möglichkeit einer Planung durch ein beauftragtes Planungsbüro wird von Herrn Schweinsberg dargestellt. Alle Ausschussmitglieder wünschen sich eine möglichst breite Beteiligung von Jugendlichen an der Planung. Die Trennung von Generationen, wie sie Herr Könen vorschlägt, ist nicht geplant.

Herr Schweinsberg stellt dar, dass lediglich Erwachsene und Vereins-Funktionäre bei der Beteiligung ausgeschlossen werden sollen.

Frau Peters zieht an dieser Stelle den TOP 13 „Kinderfreundliche Kommune“ vor. Sie berichtet über die weiteren Entwicklungen und Planungen. Das Projekt Jugendsportpark soll in diesen Prozess integriert werden.

Der Antrag der SPD „Teil C“ wird in die Planung mit aufgenommen und wird von der SPD damit als formal erledigt zurück gezogen.

Zu „Teil D“ stellt die BiZ den Antrag, mit den Jugendlichen einen Sportpfad zu planen. In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff Calisthenicspark benutzt - ein moderner Trimpfad. Weiterhin beantragt die BiZ die Aufstellung von weiteren Tisch-Bank-Kombinationen im Martfeldpark, um dort auch die Möglichkeit zu bieten, in größeren Gruppen zu sitzen und auch zu essen.

Herr Menke erläutert, dass Sitzgruppen gerne außerhalb der Spielbereiche aufgestellt werden können, da die Nutzer sonst schnell die Aufmerksamkeit bei der Beaufsichtigung ihrer Kinder verlieren.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass das Thema Folgekosten bei der Planung auch Berücksichtigung finden muss.

Herr Gießwein schlägt vor, die Ausführungen und die Zusagen der Verwaltung zum weiteren Vorgehen zur Kenntnisnahme zu nehmen. Wie durch den Vorsitzenden erläutert, gibt es damit keinen Beschlusspunkt mehr, der beschlossen werden könnte.

Frau Schenk und Frau Hildebrand von der ProFamilia bitten um Fragen zum in der Anlage vorgestellten Jahresbericht.

Herr Schweinsberg bedankt sich ausdrücklich für die Ausführlichkeit des Berichtes.

Frau Schenk teilt mit, dass sie die Leitung der ProFa Beratungsstelle nach 10 Jahren abgibt und Frau Hildebrand ihr nachfolgt.

**11 Antrag der ProFamilia auf Ausbau der Präventionsarbeit**

**158/2021**

Frau Schenk und Frau Hildebrand berichten über die Bewilligung des beim Land gestellten Antrages zur personellen Erweiterung ihrer Präventionsarbeit. Zur endgültigen Umsetzung bedarf es des Votums des zuständigen JHAs. Mittels einer Präsentation wird die geplante Arbeit beschrieben.

Der Antrag von Pro Familia, die Präventionsarbeit kostenneutral auszubauen wird vom Ausschuss unterstützt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	8
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

**12 Auswirkungen der SGB VIII-Reform**

**168/2021**

Herr Menke weist auf die Vorlage hin und bittet den Ausschuss darum, sich mit den Inhalten vertraut zu machen, um diese in den nächsten Sitzungen zu beraten. Die gesetzlich geforderten zusätzlichen Aufgaben werden nicht ohne zusätzliches Personal und zusätzliche Kosten umsetzbar sein.

**13 Sachstand Programm Kinderfreundliche Kommune**

**162/2021**

(siehe TOP 9)

**14 Empfehlungen des Landesjugendamtes zum §8a Prozessqualität (Einbringung)**

**163/2021**

Herr Menke weist auf die Ausführungen des Landesjugendamtes hin. In einer der nächsten Sitzungen soll dazu ein Beschluss gefasst werden. Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Prozess- und Strukturqualität soll dann stattfinden. Herr Spanke empfiehlt die Einbeziehung der AG78.

**15 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 06 (Kinder, Jugend und Familie)**

**164/2021**

Herr Schweinsberg gibt folgenden Text zu Protokoll:  
*„Sehr geehrte Damen und Herren,*

*diese Vorlage könnte man überschreiben mit den Worten.*

*Klassenziel nicht erreicht - Note 6 setzen!*

*Aber das wäre zu einfach und würde uns für die Zukunft bei der Erfüllung unserer pflichtigen Aufgaben nicht wirklich helfen.*

Wichtig ist mir vorab zu erklären, dass die Kolleginnen und Kollegen unseres Hauses hier insbesondere des FB 4 keine Schuld trifft. Wobei dieses Terminus „Schuld“ ohnehin falsch wäre!

Sie haben mich in den letzten elf Jahren so kennengelernt, dass ich hier zu meiner Verantwortung stehe und mich vor mein Team stelle. Die Kämmerin und ich sind sicherlich nicht glücklich über diese Entwicklung. Aber wir bewegen uns im Bereich der Pflichtleistungen.

Es wäre auch zu kurz gesprungen jetzt alles unter dem Begriff Corona zu subsumieren. Wobei dies hier sicherlich eine elementare Rolle spielt, weil ich einige Themen nicht so in Angriff nehmen konnte, wie ich es mir vorgestellt hätte. Die Kontakte sowohl intern als auch extern waren nicht in dem Umfang möglich, wie dies erforderlich gewesen wäre.

Auch die uns immer wieder treffende Fluktuation im Personalbereich ist ein Grund aber letztendlich nicht auch nicht allein.

Auch unser gemeinsames Ziel die Hebesätze bzw. die Gebühren möglichst nicht erhöhen zu wollen zur Ansatzbildung im letzten Sommer beigetragen.

Wenn Sie sich die Tabelle anschauen, dann sehen Sie im Wesentlichen die üblichen Schwankungen bei den Ansätzen. Dies lässt sich planerisch nicht ausschließen und dazu gibt es ja auch unsere Deckungsringe die dann in der Regel greifen und dies wäre auch 2021 zum Tragen gekommen.

Ins Kontor schlagen allerdings die Zeilen e und f mit insgesamt ca. 2 Mio. €!

Und da liegt um es mal platt zuzagen „Der Haase im Pfeffer“; hier hat uns die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung deutlich schneller eingeholt als erwartet. Hierauf werden wir unser Augenmerk in Zukunft verstärkt legen müssen, sonst laufen uns diese Kosten aus dem Ruder. Ich bin mir sicher, dass dies perspektivisch keine Schwelmer Problem sein wird. Bis dato haben wir uns im Landesvergleich durch die gute gemeinsam und vorausschauende Arbeit von JHA und Kollegium des FB 4 immer unter der Durchschnittslinie bewegt.

Auf die Anträge zur Kostenerstattung anderer Kommunen (300t€) haben wir natürlich keinerlei Einfluss!

Dies sowohl positiv wie negativ. Aktuell geben wir gerade einen Fall an eine andere Kommune ab und erwarten hier wiederum 150t€ als Einnahme.

Wie die Vorlage deutlich macht haben wir in anderen Bereichen auch nicht planbare Einsparungen in Höhe von ca. 1 Mio. €. Darüber hinaus werden wir voraussichtlich aus einem anderen Bereich nochmals ca. 200t€ zur Deckung beisteuern können.

Das Defizit reduziert sich somit auf ca. 1,5 Mio. €! Das sind dann ca 8% des geplanten Ausgabenansatzes.

Auch mit dieser Zahl kann und will ich nicht zufrieden sein; aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir uns hier im pflichtigen Bereich befinden, es allgemeine Preis und Kostensteigerungen gibt und wir diesen Aufwand werden darstellen müssen.

In den Etatberatungen 2022 werden wir uns mit dieser Thematik intensiv befassen müssen.

Fazit: Wir müssen alles Erdenkliche in die Wege leiten, um künftig diese Kurve abzuflachen. Dies aber ausdrücklich nicht nur aus monetären Erwägungen, sondern im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen.

Ich bitte Sie uns, wie in den letzten Jahren üblich in diesem Ausschuss den Weg gemeinsam zu gehen.“

Auf Nachfrage gibt Herr Schweinsberg an, dass die SGBVIII-Reform für Schwelm voraussichtlich eine Kostensteigerung im höheren sechsstelligen Bereich mit sich bringen wird.



Bei den u.a. Haushaltsstellen im Produktbereich 06 (Kinder, Jugend und Familie) werden für das Haushaltsjahr 2021 überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen in Höhe von 2.857.200,00 € bewilligt. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf die nachstehend aufgeführten Haushaltsstellen auf:

	<b>Haushaltsstelle</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haushalts- überschreitung</b>
a)	06.01.03.531800	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	81.600,00
b)	06.02.01.528100	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	10.800,00
c)	06.02.02.531800	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	37.800,00
d)	06.03.03.523200	Erstattungen für Aufwendungen v. Dritten aus lfd VerwTätigkeit an Gemeinden (GV)	250.000,00
e)	06.03.03.533100	Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	1.411.000,00
f)	06.03.03.533200	Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen.	660.000,00
g)	06.03.03.543160	Sachverständigen, Gerichts- und ähnliche Kosten	32.000,00
h)	06.03.08.523100	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus lfd VerwTätigkeit an das Land	26.500,00
i)	06.03.08.533900	Sonstige soziale Leistungen	260.000,00
j)	06.03.09.531200	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an Gemeinden (GV)	87.500,00
			<b>2.857.200,00</b>

Die Deckung ist teilweise durch unten aufgelistete Mehrerträge / -einzahlungen gewährleistet.

	<b>HHSt.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Mehrerträge</b>
k)	06.01.02.414100	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	10.750,00
l)	06.01.03.414100	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	158.800,00
m)	06.02.01.414100	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	27.800,00
n)	06.02.02.448000	Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen vom Bund	37.800,00
o)	06.03.03.422100	Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb von Einrichtungen	349.000,00
p)	06.03.03.448200	Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen von Gemeinden (GV)	200.000,00
q)	06.03.08.421102	Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete	43.000,00
r)	06.03.08.448100	Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen vom Land	180.000,00
			<b>1.007.150,00 €</b>

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	8
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

**16 Schwelm ist sicherer Hafen für geflüchtete Menschen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 01.06.2021**

**124/2021/1**

Nach kurzer Diskussion wird von Frau Meuser der Antrag gestellt, dass der Antrag ohne Beschluss vertagt werden soll.

vertagt

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	-
	dafür	7
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

**17 Änderungsantrag zum Antrag „Seebrücke“ - CDU, FDP, SWG/ BfS vom 24.06.2021**

**149/2021/1**

Frau Meuser stellt den Antrag, dass der Antrag ohne Beschluss vertagt wird.

vertagt

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	-
	dafür	7
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

**18 Bestellung eines neuen Mitglieds und ihrer Stellvertretung für den DKSB**

**169/2021**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm Frau Fischer als stimmberechtigtes Mitglied und Frau Sandkötter-Haar als ihre Stellvertreterin zur Vertretung des DKSB im JHA aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	8
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

## 19 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Nockemann möchte eine Übersicht über die Struktur der erwarteten Flüchtlingsgruppen bekommen.

Zur Corona-Schutzverordnung äußert er Kritik am Status „getesteter“ Schüler.

Außerdem äußert er seinen Ärger über eine durch das Jugendamt weitergeleitete Mail der LWL-Fraktion „Die Linke“.

Sie wurde versehentlich weitergeleitet, da nicht deutlich erkenntlich war, dass es sich beim Autor um eine Partei handelte.

Herr Wiese bietet an, mit anderen Fraktionen zusammen kooperativ zusammenzuwirken und an Schulen für politische Teilhabe werben. Frau Peters sieht dazu Raum in der Kinderparlamentsarbeit im Rahmen des geplanten Aktionsplans.

Frau Kolodziej bietet über das DRK Schulungen zu Corona-Testungen an.

Sie bittet darum, im Rahmen der Forderungen nach Qualitätssteigerung im Betreuungsbereich die nun zunächst unbesetzte Stelle der städt. Fachberatung nicht einzuschränken.

Frau Rath unterstützt aus der Sicht des Personalrates diese Forderung.

Herr Schweinsberg ist bestrebt eine möglichst schnelle Lösung dafür zu finden.

Herr Gießwein teilt mit, dass kein nichtöffentlicher Teil stattfinden wird.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 11 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 11.08.2021	Schrifführer gez. Dahlke	Der Vorsitzende gez. Gießwein
-------------------------	-----------------------------	----------------------------------